

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/6

Bonn, den 9. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Warum nicht ?</u>	55

Zu Herbert Wehners Reaktion auf einen Ulbricht-Vorschlag

2	<u>Jens Otto Krag in Warschau</u>	28
---	-----------------------------------	----

Ernste Worte an seine Freunde in Polen

3	<u>Krankerversorgung duldet keinen Aufschub</u>	52
---	---	----

Wachsende Bevölkerung erfordert mehr Krankenhausbetten
Das hessische Beispiel

4	<u>Moskau wirbt um Touristen</u>	43
---	----------------------------------	----

Sowjetische Vorbereitungen
für das Internationale Touristenjahr 1967

5 - 6	<u>Frischer Wind in Schweden</u>	70
-------	----------------------------------	----

Personelle und organisatorische Veränderungen in der Regierung
Von Rudolf Hübner, Stockholm

Warum nicht ?

Zu Herbert Wehners Reaktion auf einen Ulbricht-Vorschlag

Der Bundesminister für Gesamtd Deutsche Fragen und stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner hat am vergangenen Wochenende in Berlin einen Vorschlag Walter Ulbrichts als "nachdenkenswert" bezeichnet. Es handelt sich hierbei um die Aufforderung Ulbrichts, man solle auf paritätischer Basis aus bevollmächtigten Vertretern der beiden Teile Deutschlands eine Kommission mit der Prüfung beauftragen,

- * "wie weit die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens,
- * welche die Sicherung des Friedens und der Demokratie in Deutschland garantieren sollten, in beiden deutschen Staaten durchgeführt worden sind".

Ulbricht hatte hinzugefügt, diese Kommission sollte öffentlich über das Prüfungsergebnis Bericht erstatten und Vorschläge für eventuell notwendige Maßnahmen machen.

In diesem Zusammenhang erklärte Wehner, es wäre durchaus erwägenswert, warum man nicht auch einige weitere Aspekte des Potsdamer Abkommens zum Gegenstand von aktuellen Überlegungen und gegebenenfalls Vorschlägen für eventuell notwendige Maßnahmen mache.

Diese Bemerkung des Ministers hat verschiedentlich zu der Behauptung geführt, Wehner habe "Vorschläge an Ulbricht" gemacht. Wie man leicht feststellen kann, ist diese Auffassung irrig, da Wehner - umgekehrt - einen Vorschlag Ulbrichts aufgegriffen und weitergeführt hat. Infolgedessen hat Wehner niemandem und in keiner Beziehung irgendwelche Rätsel aufgegeben. Er hat lediglich die in der Regierungserklärung enthaltene Absicht der neuen Bundesregierung zur Ausnutzung aller nur möglichen Verbesserungen zur Aufrechterhaltung des Kontaktes zwischen den beiden Teilen Deutschlands weiterentwickelt, aber gleichzeitig hinzugefügt, ein weiteres Gespräch über das von ihm erwähnte Thema sei nur nützlich, wenn der Eindruck aus der Welt geschafft werden könnte, als käme es Herrn Ulbricht im Grunde genommen nur darauf an, seine rhetorischen Attacken gegen die Bundesregierung unter Verschweigen der tatsächlichen Handlungen und Absichten, eben der Bundesregierung selbst, wirkungsvoll vorzubringen.

Mehrere Anzeichen deuten darauf hin, daß Ulbricht seit Bildung der neuen Bundesregierung bestrebt ist, jede Gelegenheit zu nutzen, um die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und einigen ost- sowie südosteuropäischen Ländern zu durchkreuzen. Inwiefern er damit gegen die Interessen dieser Staaten handelt, muß die Führung in Pankow mit den betreffenden Staaten selbst ausmachen.

Daß Pankow in die Gefahr gerät, als der eigentliche Störenfried bei den Bemühungen um eine Entspannung in Europa zu erscheinen, hat sich - besonders bei den neutralen Staaten - bereits herangesprochen. Der ständige Versuch Ulbrichts, mit Hilfe einer sogenannten Anerkennungstheorie des von ihm beherrschten Teiles Deutschlands jede auch noch so bescheidene Verbesserung der Beziehungen der europäischen Staaten

untereinander zu durchkreuzen, erweist sich in zunehmendem Maße als kurzsichtig und wird auch in den Hauptstädten einiger osteuropäischer Staaten nicht mehr verstanden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat eine Untersuchung darüber, ob die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in beiden Teilen Deutschlands durchgeführt worden sind, nicht zu scheuen.

Deswegen ist es gut, daß ein Bundesminister einen entsprechenden Vorschlag Ulbrichts aufgegriffen hat, obwohl er sich bestimmt nicht der Illusion hingibt, daß hierdurch in Parkow von heute auf morgen etwas geändert werden könnte.

+ + +

Jens Otto Krag in Warschau

Ernete Worte an seine Freunde in Polen

sp - Jens Otto Krag, der dänische Ministerpräsident, ist Repräsentant eines Landes, das wie viele andere europäische Länder, schwer unter der Besetzung des Dritten Reiches gelitten hat. Viele seiner Freunde befanden sich während der "tausend Jahre" in Konzentrationslagern, Angehörige seiner Frau kamen in Auschwitz um: Grund genug, um keine freundlichen Gefühle für die Deutschen aufkommen zu lassen. Doch Jens Otto Krag ist nicht der Mann, der seinen Blick verschließt vor dem, was sich gewandelt hat oder im Wandel begriffen ist. Er weiß wohl, was sich in der Bundesrepublik abspielt und er bestätigt der neuen Bundesregierung den ehrlichen und ernsthaften Willen, durch ihre Politik zur Entspannung, Friedenssicherung und zu guten Beziehungen, auch zu den östlichen Nachbarn, beizutragen.

Anlässlich seines fünftägigen Polen-Besuchs richtete er zum Abschluß an seine polnischen Freunde die Mahnung und die Bitte, "unerschrocken aller und verständlichen Gefühle, den neuen Signalen aus Bonn mit offenem Sinn zu begegnen". Er, Krag, sei geneigt, gewisse neue Linien der deutschen Außenpolitik als wichtig zu betrachten, eben das Bestreben der neuen Bundesregierung, das Verhältnis zu Osteuropa in einen normalen Rahmen zu stellen. Die Polen haben darauf mit Zurückhaltung reagiert, und auch daran fand der dänische Ministerpräsident vor dem Hintergrund des durch einen Hitler schaurig geprägten Kapitels deutsch-polnischer Geschichte nichts Ungewöhnliches. Nur, so sagte er zu seinen polnischen Freunden, sollten sie nicht übersehen, daß zwanzig Jahre nach dem Kriege die entscheidenden politischen Kräfte in der Bundesrepublik auf geordnete Beziehungen zwischen West und Ost drängen.

Jens Otto Krag gab seinen polnischen Freunden viel Stoff zum Nachdenken. Das Bild, das er ihnen vermittelte, entspricht in keiner Weise dem Zerrbild über die Bundesrepublik, das Ulbricht als ständiges Propagandaobjekt liefert. Ulbricht reißt Gräben auf, Krag versucht einen Brückenschlag. Welche Welten liegen dazwischen!

+ + +

Krankenversorgung duldet keinen Aufschub

Wachsende Bevölkerung erfordert mehr Krankenhausbetten

Das hessische Beispiel

H.B.-er - Obwohl der Grundsatz "Vorbeugen ist besser als heilen" seit langem die fortschrittliche Sozialpolitik des Landes Hessen bestimmt und daher die vorbeugende Gesundheitspflege im "Großen Hessenplan" einen breiten Raum einnimmt, liegt das finanzielle Schwergewicht in diesem langfristigen Landesentwicklungsplan bei der Versorgung der Kranken. Dafür sollen in den nächsten zehn Jahren allein in Hessen rund 1,2 Milliarden Mark aufgebracht werden!

Mit Mittelpunkt dieses wichtigen Investitionsvorhabens steht die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Betten in Krankenhäusern. Zur Zeit gibt es zwar schon 5,8 Betten auf 1 000 Einwohner in Anstalten für Akutkranke, doch reicht diese Zahl noch nicht aus. Bis 1974 will die hessische Landesregierung durch ihre Förderungsmaßnahmen einen Versorgungsgrad von sieben Betten auf 1 000 Einwohner erreichen. Auch die in den nächsten Jahren ansteigende Bevölkerungszahl wird entsprechend berücksichtigt werden. Die 36 000 Betten in hessischen Krankenhäusern für Akutkranke werden um ein Viertel auf etwa 39 000 vermehrt werden.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie notwendig eine langfristige Vorausplanung und eine rechtzeitige Inangriffnahme der Maßnahmen ist, zu denen der Große Hessenplan als Instrument langfristiger Entwicklungspolitik die tatsächlichen und künftigen Erfordernisse mit den Möglichkeiten ihrer Verwirklichung sowohl in zeitlicher als auch in finanzieller Hinsicht in Einklang bringt.

Die 7 300 neuen Krankbetten werden zum größten Teil in den 35 Krankenhäusern für Akutkranke stehen, die in den nächsten zehn Jahren gebaut werden sollen, zum Teil aber auch in den bereits bestehenden Krankenanstalten. Der Große Hessenplan sieht vor, daß überalterte Krankenhäuser modernisiert, erweitert und in ihrer Ausstattung den neuesten medizinisch-hygienischen Erkenntnissen angepaßt werden. Erhöht wird auch die Zahl der Betten in Fachkrankenhäusern.

Mit einiger Genugtuung hat man in Hessen - und nicht nur dort - zur Kenntnis genommen, daß der neue Bundesminister für das Gesundheitswesen, Frau Käthe Strobel, sich dem Problem der Krankenhausfinanzierung als einer großen nationalen Gemeinschaftsaufgabe besonders zuwenden will.

Finanzielle Wunder allerdings sind vom Bund in diesem und wohl auch im nächsten Jahr nicht zu erwarten. Daß aber die 24 Mill. DM, die das Bundesgesundheitsministerium 1967 an Darlehen für Erziele gemeinnützige Krankenanstalten zur Verfügung stellt, nicht ausreichend sind, versteht sich fast von selbst, wenn man sie in einem Zusammenhang mit den hessischen Leistungen sieht. Diese Bundesdarlehen sind übrigens - trotz gestiegener Kosten - von 27,4 Mill. im Jahre 1963 auf 20,8 Millionen DM im Jahre 1965 zurückgegangen.

Sicher wird das Problem der Krankenhausfinanzierung im Rahmen der Finanzreform zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auch eine große Rolle spielen, da vor allem auch die kommunalen Träger der Krankenhäuser sich immer größeren Schwierigkeiten gegenübersehen. Hessen hat die Probleme frühzeitig erkannt und sich mit der Großen Hessenplan für eine Lösung entschieden, die gewiß auch für andere Länder beispielgebend sein könnte. Denn die Versorgung der Kranken duldet - ungeachtet der Fragen der Zuständigkeit - einfach keinen Aufschub, wie das Hessen richtig erkannt hat.

Moskau wirbt um Touristen

Sowjetische Vorbereitungen

für das internationale Touristenjahr 1967

B.P. - Die Sowjetunion macht beachtliche Anstrengungen, um ihren Anteil an der Touristenflut des durch die Vereinten Nationen zum internationalen Touristenjahr erklärten Jahres 1967 möglichst groß werden zu lassen.

Die Anzahl der ausländischen Touristen in der Sowjetunion hat 1966 nach Angaben des Leiters der Verwaltung für ausländischen Tourismus beim Ministerrat der Sowjetunion, J. I. Satjkan, fast 1 1/2 Millionen betragen. Im Vergleich zu anderen Ländern ist das eine sehr geringe Zahl. In dieser Hinsicht kann auch der Hinweis sowjetischer Statistiker, daß 1966 die Touristenzahl in der Sowjetunion um 22 Prozent bei einem Weltdurchschnitt von 15 Prozent gestiegen sei, die Sowjetbehörden nicht irreführen.

Das Jahr 1967 soll zu dem großen Sprung ins internationale Touristengeschäft verhelfen. Eine in Moskau von dem amtlichen sowjetischen Reisebüro "Intourist" organisierte Konferenz vereinigte 350 Vertreter ausländischer Reisebüros aus 53 Ländern. Dabei versprachen die Sowjetbehörden, den Autofahrern den Besuch der Sowjetunion zu erleichtern. Weitere Strecken werden für den internationalen Autoverkehr freigegeben. Auch die Einreiseformalitäten werden vereinfacht. Zahlreiche Hotels werden gebaut, insbesondere in der Ukraine, in die die Hälfte aller in die UdSSR reisenden Touristen kommt. Kiew, Charkow und Poltawa erhalten sogar Hotels. Campingplätze werden in Kiew und Odessa bereitgestellt.

Doch soll das Jahr 1967 auch der Propaganda dienen. Die Sowjetunion schickt sich an, den 50. Jahrestag der Oktoberrevolution zu feiern. Die ausländischen Touristen sollen an den Festlichkeiten, Ausstellungen und verschiedenartigen Kundgebungen in Massen teilnehmen und ausführlich über die 50-jährige Sowjetherrschaft unterrichtet werden.

Die Sowjetunion allein will 200 Veröffentlichungen für die 1967 erwarteten Touristen mit einer Gesamtauflage von zehn Millionen Exemplaren herausgeben. Die für diese Publikationen verantwortlichen Personen der Sowjetunion wurden zu einem Seminar zusammengerufen. Sie berieten dort über den Geist und Inhalt der Touristenliteratur. Die Touristen werden, wie die Kiewer Tageszeitung "Radjanska Ukraina" berichtete, hochwertige Reiseführer, Prospekte und Alben erhalten, in denen "sowjetischer Patriotismus, proletarischer Internationalismus und die Propagierung der Irrungenschaften der Werktätigen der Sowjetunion in 50 Jahren Sowjetherrschaft" das Leitmotiv bilden sollen.

Mit diesen Mitteln hoffen die Leiter des Sowjettourismus in 50 Jahre der Sowjetherrschaft den ausländischen Touristen auf eine nie dagewesene Höhe zu bringen. Ob die Verbindung von Tourismus und kommunistischer Propaganda diese Hoffnung begünstigt, bleibt abzuwarten.

Frischer Wind in Schweden

Personelle und organisatorische Veränderungen in der Regierung

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Die schwedischen Sozialdemokraten haben ihre Niederlage bei den Gemeindewahlen im September mit einer Mobilisierung von Kraftreserven beantwortet, die das politische Leben in Schweden in den letzten Monaten außerordentlich bereichert haben. Eine besondere Studiengruppe der sozialdemokratischen Partei unter Leitung von Dr. Rudolf Meidner untersucht gegenwärtig die Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung. Noch im Januar wird der Parteivorstand mit dem Reichssekretariat des Gewerkschaftsbundes und mit dem sozialdemokratischen Beamterrat über die Neugestaltung der schwedischen Wirtschaftspolitik beraten, auch über die Wege, um diese neue Politik der Bevölkerung verständlich zu machen.

Im Februar wird der bisherige Staatssekretär im Finanzministerium, Krister Wickman, zum Minister ernannt und mit der Verantwortung für die Wirtschaftsentwicklung betraut werden. Er wird auch die staatlichen Wirtschaftsunternehmen in einer Verwaltungsgesellschaft zusammenfassen, um ihre Ertragskraft zu steigern.

Der Gewerkschaftsbund und der Zentralverband der Arbeitgeber beraten über eine Verbesserung des Verhandlungsmechanismus bei Kollektivverhandlungen.

Innerhalb der Regierung sind personelle und organisatorische Veränderungen im Gange. Rune Hermansson ist aus der Regierung ausgeschieden und übernimmt die Leitung der Hya Systems AB, welche das Verkaufsmonopol für alkoholische Getränke ausübt. An seine Stelle tritt der Reichstagsabgeordnete Lennart Geijer, der bisher Jurist beim Gewerkschaftsbund der Angestellten und Beamten (TCC) war. Eine besondere Verstärkung erhält die Regierung durch die Ernennung der Reichstagsabgeordneten Alva Myrdal zum Minister für Abrüstungsfragen. Alva Myrdal hat entscheidend zur Emanzipation der schwedischen Frauen beigetragen; sie war Chef der UNO-Abteilung für soziale Fragen, Chef der sozialwissenschaftlichen Abteilung der UNESCO und schwedischer Botschafter in Indien. In der letzten Zeit war sie eine der treibenden Kräfte bei der Abrüstungskonferenz in Genf. Mit ihrer Ernennung zum Abrüstungsminister unterstreicht die Regierung, welche außerordentliche Bedeutung sie der Abrüstungsfrage beimißt. Ihre Ernennung wurde von der ganzen schwedischen Presse begrüßt.

Seit vielen Jahren bestand eine Vereinbarung der vier großen demokratischen Parteien in Schweden über die Zielsetzung und den Kostenrahmen der Landesverteidigung, wodurch eine mehrjährige Vorausplanung sichergestellt war. Angesichts der Finanzlage des Staates haben die Sozialdemokraten im November diese Zusammenarbeit abgebrochen und eine starke Reduzierung der Militärausgaben angekündigt, die gemäß Vorausplanung sonst auf weit mehr als fünf Milliarden Kronen gestiegen wären.

Finanzminister S t r ä n g hat, um einen Ausgleich des Staatsbudgets zu erzwingen, auch alle sonstigen Staatsausgaben gekürzt. U.a. hat er sich trotz eindringlicher Fürsprache großer sozialdemokratischer Organisationen geweigert, die Staatsausgaben für Entwicklungshilfe im nächsten Budgetjahr so zu erhöhen, wie es Ulla L i n d s t r ö m vorgeschlagen hatte, die in der Regierung bisher die Verantwortung für Entwicklungshilfe trug. Ulla Lindström hat daraufhin demissioniert. Die Fragen der Entwicklungshilfe werden künftig von Außenminister Torsten M i l l e s o n bearbeitet werden. In Ulla Lindströms Arbeitsbereich gehörten auch Familienfragen. Zu deren Bearbeitung wurde die erst 38 Jahre alte Dozentin Dr. Camilla O d h n e r aus Lund in die Regierung berufen, und zwar als Familien- und Jugend-Minister. Sie ist an der Universität Lund als Forscherin tätig (Protein-Produktion in Pflanzen), hat vier Kinder und war bisher außerhalb Südschwedens kaum bekannt. Sie wird in der Regierung die Wortführerin der erwerbstätigen jungen Mütter sein und wohl auch bei der Beratung von Wissenschafts- und Forschungsfragen Gehör finden.

Handelsminister Gunnar L a n g e, der die Betreuung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen an Krister W i c k m a n abgibt, übernimmt vom Außenministerium dessen Handelsabteilung. In seiner Hand sind nun die Bemühungen um eine Wirtschaftsintegration in Europa und um den Erfolg der GATT-Verhandlungen konzentriert; bei letzteren treten die nördlichen Staaten - wie bekannt - als einheitlicher Block mit einer gemeinsamen Delegation auf.

Noch in diesem Monat - nach der Vorlage des Staatsbudgets und nach den Beratungen über die Neugestaltung der Wirtschaftspolitik und der Entwicklungshilfe - wird Schweden eine sehr interessante politische Debatte erleben, vor allem über die Verteidigungspolitik, die Entwicklungshilfe und die Wirtschaftspolitik.